

Mehr ideologische Windungen als klare Schritte : zur aktuellen österreichischen Sicherheitspolitik

Autor(en): **Mäder, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **163 (1997)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mehr ideologische Windungen als klare Schritte –

Zur aktuellen österreichischen Sicherheitspolitik

Horst Mäder

Wer geglaubt hat, dass sich mit dem EU-Beitritt Österreichs endlich auch die Sicherheitspolitik eindeutiger und konsequenter darstellt, sieht sich enttäuscht. Fast scheint es, als hätte sich seit der Zeit des Kalten Krieges nichts geändert.

Hat noch in den Verhandlungen um den Staatsvertrag von 1955 der Begriff der bewaffneten, dauernden Neutralität, wie sie die Schweiz handhabt, für Wien eine klare und wichtige Rolle gespielt, so war danach kaum noch etwas zu bemerken. Man beschloss zwar das Neutralitätsgesetz, blieb aber sonst eher bei Ansätzen.

Während Österreichs westlicher Nachbar entsprechend dem internationalen Recht seine Neutralität neben einer entsprechenden Politik mit mi-

litärischer Stärke absicherte, verliess sich das Land an der Donau fast vollständig auf seine Politik, auf die UNO und auf die von der NATO bewirkte Stabilität in Europa. Seine Landesverteidigung war bei den Politikern ein ungeliebtes Kind und blieb deshalb schwach und nur notdürftig beachtet. Das Schweizer Muster gab es nur auf dem Papier. Obwohl man aus Erfahrung hätte wissen müssen, dass Massnahmen der Politik ohne militärische Rückversicherung leicht Schiffbruch erleiden können, setzte man auf die Hoffnung sowie die Abhaltewirkung und stille Garantie des Westens.

Wandel als Mitglied der EU?

Gemäss Maastrichter Vertrag kann ein Mitglied der EU auf Dauer nicht mehr neutral bleiben. Wien hat, nach einem anfänglichen – aber erfolglosen – Versuch, seine Neutralität zu retten, nach dem Gutachten der Brüsseler Kommission zu seinem Beitrittsge- such und bereits vor der Vertragsunterzeichnung mit Brüssel eine klare Zusicherung gegeben. Ein an Brüssel gerichtetes Aide Memoire Wiens im Juni 1992 hält fest: *«Österreich identifiziert sich vollinhaltlich mit den Zielsetzungen der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik ... Österreich bekennt sich daher zu der ... Perspektive des Ausbaus der sicherheitspolitischen Strukturen der Union ... Es sei neuerlich unterstrichen, dass Österreich an dem Aufbau und dem Funktionieren einer neuen europäischen Sicherheitsordnung im Rahmen der Europäischen Union und darüber hinaus solidarisch mitwirken wird.»* Auch der österreichische Nationalrat stimmte dem Inhalt des Aide Memoire zu. Deutlicher kann man den gemeinsamen Wunsch mit künftigen

Partnern nach einem Bündnis nicht mehr ausdrücken. Auch der Beitrittsvertrag vom März 1994 enthält ein ausdrückliches «vorbehaltsloses» Bekenntnis zu den Zielen des Maastrichter Vertrages. Um jede zweideutige Interpretation zu vermeiden, sollte das Wort «vorbehaltslos» klarstellen, dass es keinerlei Neutralitätsvorbehalte gibt.

Bis dahin waren sich die österreichischen Regierungspartner SPÖ und ÖVP klar: Man werde alles tun, um den Eintritt zu der Europäischen Union zu ermöglichen; auch das Abgehen von der Neutralität akzeptieren. Zwar werde man noch als «Neutraler» hineingehen, aber dann solidarisch die Vertragsbedingungen vollziehen.

Noch im Koalitionspakt von 1994 konnte sich die «europäische Linie» durchsetzen: *«Die Regierungsparteien stimmen darin überein, ... an einem sich im Zug der Regierungskonferenz ergebenden europäischen Sicherheitssystem, das sich aus der WEU (Westeuropäischen Union) entwickeln kann, als vollberechtigtes Mitglied teilzunehmen.»* Dass diese WEU ein Bündnis ist, musste jedem klar sein; ein Neutraler kann daran nicht teilnehmen.

In der darauf folgenden Regierungserklärung war dann plötzlich das Gegenteil zu lesen. Im Hinblick auf die für 1996 geplante «europäische Friedensordnung» heisst es da: *«Österreich wird als neutraler Staat solidarisch und aktiv an ihr mitwirken.»*

Österreich will also neutral bleiben. Die Bundesregierung unter Führung von Franz Vranitzky orientierte sich nicht mehr an dem mit Brüssel und den anderen Staaten geschlossenen «vorbehaltslosen» Vertrag.

Die Standpunkte der Regierungsparteien

Die ÖVP hat mit ihren erfahrenen Aussenpolitikern wie Alois Mock, Thomas Klestil, Ludwig Steiner u.a. immer einen Pro-Europa und Pro-NATO-Kurs befürwortet. Aussenminister Schüssel konnte erst in den letzten Jahren davon überzeugt werden. Verteidigungsminister Werner Fasslabend, auch ein prinzipieller NATO-Befürworter, hat aus taktischen Gründen lange Zeit mit seinem Parteiobmann Schüssel bloss einen WEU-Beitritt angesteuert, hat aber seit etwa einem Jahr die Karten auf den Tisch gelegt: Ein rascher und voller Beitritt zum Atlantischen Bündnis ist unverzichtbar.

Das Problem in der Bundesregierung ist die grössere Regierungspartei, die SPÖ. Sie gab unter dem damaligen



Horst Mäder,
Brigadier,
Dr. iur.,
Chefredakteur Truppendienst
der «Zeitschrift für Führung und
Ausbildung im österreichischen
Bundesheer»,
Stiftsgasse 2A, A-1070 Wien.

Bundeskanzler Franz Vranitzky das Motto aus, die Sicherheitsdebatte in Österreich sei nicht «auf das Militärische einzuengen. Die Sicherheitsaufgaben seien so vielschichtig, dass das bloss Hineinschlüpfen in ein Militärbündnis nichts löst ... Die Sozialdemokraten schliessen den Beitritt zu einem Militärpakt und den Verzicht auf die Neutralität auf absehbare Zeit aus... Die Sozialdemokraten sehen ihre sicherheitspolitische Aufgabe vielmehr darin, für Sicherheit in der unmittelbaren Lebensumgebung der Menschen zu sorgen und nicht für die Bewältigung der Krise, sondern präventiv für deren Vermeidung zu kämpfen», so kryptisch Vranitzky. Ob er allerdings mit der Sicherheit für Arbeitsplätze oder mit dem Schutz von Passanten vor Raubüberfällen auch die äusseren Gefahren bewältigen will, hatten ihm seine Sicherheitsberater nicht klargemacht. Und aus dieser Denkweise heraus hat sich Österreich erst nach langem Widerstreben der SPÖ im Januar 1995 bereit erklärt, der NATO-Partnerschaft für den Frieden beizutreten.

Der linke Flügel der SPÖ

Die SPÖ ist in der Aussen- und Sicherheitspolitik nicht geschlossen. Die Realisten sehen den eindeutigen Weg zur NATO und WEU. Es gibt aber auch die Ideologen, die seit alten Zeiten gegen die NATO, gegen die USA und gegen Deutschland sind. Die aussen- und sicherheitspolitische Doktrin dieses Flügels wurzelt in der Zeit, als es noch einen Ostblock gab.

Es gibt aber auch die Taktiker. Sie meinen, es gäbe für die Partei nichts Schädlicheres, als dass die Grünen (und Kommunisten) die einzigen Verteidiger der Neutralität wären, wenn die SPÖ diese aufgibt. Denn dann würden Zehntausende potentielle SP-Stimmen abwandern. Dabei scheinen sie aber nicht mit der anderen Seite zu rechnen. Denn die Freiheitlichen haben den Sozialdemokraten Unmengen von Arbeitstimmen bereits abgenommen, und Jörg Haider steuert bis jetzt – ebenso die Liberalen – einen klaren NATO-Kurs für seine Partei.

Doch die Vordenker dieser Ideologen haben sich auch etwas weiter entwickelt. Sie wissen heute, dass die alte Rolle Österreichs vorbei ist. Doch wie soll man das den eigenen Genossen und der breiten Öffentlichkeit schonend beibringen?

Die Lösung erscheint für sie: Man setze auf Zeit. Nach dem Zustandekommen des NATO-Russland-Paktes könne man sich näher mit der NATO

einlassen, ohne gleich Mitglied bei ihr oder der WEU zu werden.

Die Zeit drängt

Bundeskanzler Klima kalmierte Anfang Mai dieses Jahres: «Ich möchte klarstellen, dass es in der Frage der NATO keine Vorentscheidung gibt. Wir haben uns verpflichtet, dass wir im Optionenbericht* die Entwicklung des europäischen Sicherheitssystems sorgfältig analysieren. Aus der Sicht der SPÖ ist ein bestehendes Militärbündnis keine Option.» Die Bundesregierung werde alle Optionen – einschliesslich der Frage einer Vollmitgliedschaft Österreichs in der WEU – prüfen, betonte der Kanzler einige Tage später. Doch er scheint dabei nicht gewusst zu haben, dass es eine Aufnahme in die WEU für Nicht-NATO-Mitglieder gar nicht gibt.

Die ÖVP und ihr Aussenminister Wolfgang Schüssel drängen zur Eile: Im April dieses Jahres hat er sich bei einem offiziellen Besuch im NATO-Hauptquartier im belgischen Mons ausdrücklich für einen Vollbeitritt zur Allianz ausgesprochen. Denn «ohne eine NATO- und WEU-Mitgliedschaft werde Österreich bei der praktischen Ausführung von Sicherheitsbeschlüssen im Bereich des Krisenmanagements nicht gleichberechtigt mitreden können.» Und Schüssel wies dem Regierungspartner den Weg: «Die Einigung zwischen der NATO und Russland in der <Gründungsakte> ist die Geburtsstunde der <neuen> NATO. Diese Chance darf Österreich nicht versäumen.» Die Entscheidung Österreichs müsse bis zum 1. Juli 1998 – also vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft Österreichs – fallen, postulierte er. Österreich gefährde seine aussenpolitische Glaubwürdigkeit, wenn es nach dem NATO-Gipfel in Madrid nicht selbst einen Beitrittsantrag an die Allianz stellt, meinte man im Aussenamt.

Der Kanzler versucht, Zeit zu gewinnen. Der französische Präsident Jacques Chirac habe ihm gegenüber zuletzt in Paris klargestellt, dass «Österreich jederzeit der NATO beitreten könne». Österreich habe daher ausreichend Zeit, meinte Viktor Klima.

Doch dabei scheint er schlecht beraten zu sein. Er könnte übersehen haben, das Russland in absehbarer Zeit das «Fenster der Gelegenheit» wieder schliessen könnte. Dann geht ohne Zustimmung Moskaus – wie schon einmal erlebt – nichts mehr und Österreich bildet, abgesehen von der Schweiz, gemeinsam mit der Ukraine und der Slowakei den «Neutralen-Riegel», aber in östlicher Abhängigkeit und als Aussen-

seiter in der EU. Die Absicht Moskaus, diesen Keil in Europa zu bilden, ist offensichtlich. Zu gerne hat es sich in der Vergangenheit als «Schutzmacht» aufgespielt.

Auch die Nachbarn geben sich kritisch. In Prag und Budapest gibt es Stimmen, die Österreich als Trittbrettfahrer in Sicherheitsfragen bezeichnen, wenn Tschechien und Ungarn der NATO beitreten und Österreich nicht.

Viktor Klima muss sich mit Recht harsche Kritik gefallen lassen. So stellt ihm die renommierte Wiener Tageszeitung «Die Presse» die Frage, was denn das widersprüchliche Wortgebilde von der «Neutralität in Kombination mit einer gelebten internationalen Solidarität» bedeuten solle? Vergisst der Bundeskanzler vor lauter gelebter Solidarität mit Albanien oder Bosnien, dass es auch für Österreich gut wäre, Beistandsgarantien zu haben? Ist er lieber mit Zypern und den Golanhöhen solidarisch als mit jenen Ländern, mit denen Österreich in einer engen Union verbunden ist?

Wie könnte es weitergehen?

Die Realisten in der SPÖ wissen, dass man einen NATO/WEU-Beitritt spätestens 1999 nicht umgehen können wird. Und man sucht einen Ausweg. So wird dem Vernehmen nach nun in beiden Regierungsparteien ein Plan inszeniert, nach dem im Frühjahr 1998 über einen NATO-Beitritt das Volk abstimmen soll. Gleichzeitig will man die Wehrpflicht opfern und Österreich auf ein Berufsheer umstellen.

In den Führungsgremien der SPÖ haben aber beide Visionen erhebliche Gegner. Doch bevor man abstimmt, benötigt man ein von beiden Parteien zu beschliessendes Gesetz. Ob diese Überzeugungsarbeit gelingen kann? Vielleicht gibt es einen Kompromiss: NATO und Wehrpflicht?

Die Bevölkerung ist unsicher. Vor allem weiss sie noch immer nicht, was Neutralität wirklich bedeutet. Sie ist für viele ein Mythos geworden. Sie wird gleichgesetzt mit Wohlstand, wenig Militär, Sicherheit, Ruhe und dem International-eine-Rolle-Spielen. Es wird nicht zur Kenntnis genommen, dass sie im Kriegsfall Österreich keine Stunde davor bewahrt hätte, in den Konflikt hineingezogen zu werden. Und noch immer negiert eine breite Schicht, dass Österreich in Europa ins Abseits gerät, wenn es nach wie vor neutral und isoliert stehen wollte.

* Darstellung der möglichen Optionen für Österreich aus der gemeinsamen Sicht beider Regierungspartner bis Anfang 1998.